

Soziale Sicherheit — Wert des Sozialismus

Der 40. Jahrestag der Gründung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden ist Anlaß, Bilanz zu ziehen, das Erreichte zu überblicken und über die Ausprägung der Werte des Sozialismus als Errungenschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten nachzudenken.

Einer dieser Werte, die für uns unveräußerlich sind, besteht darin, daß der Sozialismus auf der Grundlage sozialistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse uneingeschränkt soziale Sicherheit für alle Mitglieder der Gesellschaft gewährleistet.

Soziale Sicherheit für alle - das ist ein alter Traum der Menschheit und Ziel jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterklasse auf allen Kontinenten. Aber erst unter sozialistischen Produktionsverhältnissen konnte er Wirklichkeit werden. Denn nur eine von Ausbeutung und kapitalistischem Profitstreben befreite Gesellschaft ist in der Lage, „alles zu tun für das Wohl des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen“.¹ Unsere Partei hat, aufbauend auf dem bis 1971 Erreichten, auf dem VIII. Parteitag den Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeleitet. In ihm finden die Werte des Sozialismus ihren prägnanten Ausdruck, vor allem der, daß im krassen Gegensatz zum Kapitalismus jeder Schritt vorwärts auf ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet zu sozialem Fortschritt der ganzen Gesellschaft und jedes ihrer Mitglieder führt.

Auf dieser Grundlage sind bei uns soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung garantiert, stehen jedem alle Bildungswege offen, hat jeder Zugang zu allen Schätzen der Kultur.

Zum Klima sozialer Sicherheit gehören die stabilen Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs, für Tarife und Dienstleistungen ebenso wie gesundheitliche Betreuung ohne finanzielle Belastung der Bürger oder die Garantie des sozialistischen Staates dafür, daß jedes Mitglied der Gesellschaft seinen Lebensabend geborgen erleben kann. Überhaupt ist die Gewährleistung sozialer Sicherheit im Wirken der SED stets untrennbarer Bestandteil umfassender Sicherung aller Menschenrechte in der DDR, die eine feste Einheit von politischen, wirtschaftlichen, so-

40. Jahrestag der Gründung des ersten sozialistischen Staates

SOZIALISMUS

{n Farben der DDR

zialen und kulturellen Rechten darstellen. So ist die Verwirklichung des grundlegenden Rechtes auf Frieden die entscheidende Bedingung, um alle anderen Rechte überhaupt wahrnehmen zu können. Und das Recht auf Arbeit hat nicht allein materielle Sicherstellung im alltäglichen Sinn zum Ziel, es ist umfassend auf die Selbstverwirklichung des Menschen und die Sicherung seiner politischen Rechte gerichtet.

Es ist ja bezeichnend für den Kapitalismus, daß er grundlegende soziale Rechte, wesentliche Lebensgrundlagen, einfach ausklammert, wenn er demagogisch mehr Menschenrechte im Sozialismus fordert. Beide deutsche Staaten, die sozialistische DDR und die kapitalistische BRD, haben zum Beispiel die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“

ratifiziert. In dieser UNO-Konvention heißt es unter anderem: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“² In der DDR ist dieses grundlegende Recht auf Arbeit verfassungsmäßig garantiert, in der BRD dagegen nicht! Die gesellschaftliche Heuchelei der dort herrschenden Klasse wird daran deutlich, daß die Regierung diese Konvention zwar unterschrieb, in der Bourgeoisiepresse aber öffentlich erklärt wird, das Recht auf Arbeit würde die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Ordnung antasten und sei daher grundsätzlich zu verwerfen!

Die BRD-Praxis mit ihren offiziell zugegebenen 2,2 Millionen Arbeitslosen sieht dementsprechend aus. Wobei mehr und mehr Menschen in den Strudel von Dauerarbeitslosigkeit gerissen und damit in Außenseiterpositionen abgedrängt werden, von denen aus sie immer weniger in der Lage sind, andere Rechte politischer Art, sofern überhaupt vorhanden, wahrzunehmen.

Es besteht in den Ländern des Kapitals ein Teufelskreis zwischen Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Rechtslosigkeit: Ist man längere Zeit arbeitslos, werden die ständig steigenden Mieten unerschwinglich, und manch einer muß sich dann ins Heer der Obdachlosen einreihen. Einmal ohne Obdach, findet man kaum wieder eine neue Anstellung. Und von Einfluß, sagen wir, auf die Geschehnisse der Stadt oder Gemeinde, in der man dann mehr vegetiert als lebt, kann schon gar keine Rede mehr sein.

Alein das zeigt, was von den Tiraden über Menschenrechte zu